

Stand: 08.02.2026 22:59:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7557

"Bildungsfinanzierung der Staatsregierung gescheitert"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7557 vom 15.07.2015
2. Beschluss des Plenums 17/7616 vom 16.07.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 50 vom 16.07.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Faktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bildungsfinanzierung der Staatsregierung gscheitert

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unter besonderer Berücksichtigung der vermehrten Zuwanderung, ihre getroffene Annahme (die auf veralteten Bevölkerungsprognosen beruht), dass die Schülerinnen- und Schülerzahlen rückläufig sind und deshalb Lehrkräftestellen frei werden, zu korrigieren.

Deshalb soll die sogenannte „demografische Rendite“ rückwirkend und vorausschauend bis 2018 neu berechnet und dargestellt werden, wie die bereits angekündigten Maßnahmen auf andere Art und Weise finanziert werden können.

Dem Ausschuss für Bildung und Kultus soll vor Beratung des Nachtragshaushalts schriftlich wie mündlich berichtet werden.

Begründung:

Auf der einen Seite werden seit Jahren weniger Kinder geboren, was zu einer rückläufigen Schülerinnen- und Schülerzahl führt. Für die Staatsregierung bedeutet dies, dass durch den Schülerinnen- und Schülerrückgang rein rechnerisch weniger Lehrkräfte gebraucht werden, so dass dieser „Gewinn“ wiederum wichtigen Bildungsaufgaben wie Inklusion, Ganztagsunterricht oder Erhalt von Grundschulen im ländlichen Raum zu Gute kommen kann. Im aktuellen Haushaltsentwurf 2015/2016 steht die Zahl von 2.193 Lehrkräften, die aufgrund sinkender Schülerinnen- und Schülerzahlen an allen Schularten frei werden. Im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr soll es zum Schuljahr 2014/2015 genau 17.289 weniger Kinder und Jugendliche gegeben haben und zum Schuljahr 2015/2016 ist die Zahl von 19.800 weniger Schülerinnen und Schülern prognostiziert.

Andererseits kann aber davon ausgegangen werden, dass in Bayern – wie auch in anderen Bundesländern – die Schülerinnen- und Schülerzahlen aufgrund der Wanderungsbewegungen weniger stark sinken werden als bisher erwartet, bzw. an einigen Schularten, Klassenstufen oder Regionen stagnieren. Denn immer mehr schulpflichtige Kinder und Jugendliche aus dem In- und Ausland kommen nach Bayern. Die Staatsregierung erkennt nach wie vor nicht an, dass wir in einer Zuwanderungsgesellschaft leben. So wurde dem Faktor „Zuwanderung“ auch in der Modellrechnung nicht hinreichend Gewicht verliehen. Aus Seite 7 der Regionalisierten Schüler- und Absolventenprognose geht hervor, dass für „den Wanderungssaldo gegenüber dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland bis zum Jahr 2032 für Bayern eine Entwicklung unterstellt wird, die sich im Wesentlichen an den Wanderungsüberschüssen in den vergangenen Jahren orientiert.“

Neuere Prognosen aus anderen Bundesländern kommen zu dem Ergebnis, dass der Schülerinnen- und Schülerrückgang geringer ausfällt als vor einigen Jahren angenommen. Beispiele: Die Bevölkerungsvo rausrechnung 2014 des Statistischen Landesamts in Baden-Württemberg bestätigte, dass mehr Schülerinnen und Schüler an den Schulen sind, als die bisher gültige Prognose aus dem Jahr 2010 erwarten ließ. Auch im Saarland musste das Bildungsministerium 2014 die Prognose von 17,9 Prozent Schülerinnen- und Schülerrückgang in den Jahren 2010 bis 2020 auf 12 Prozent korrigieren. Ebenso war für Rheinland-Pfalz festzustellen, dass im aktuellen Schuljahr die Zahl der Schülerinnen und Schüler weniger stark zurückging als vorhergesagt. Bereits 2012 war die Zahl der Mittelschülerinnen und Mitschüler um rund 14.000 in Bayern deutlich höher als erwartet.

Deshalb muss die Bildungsfinanzierung, die auf dieser Annahme aufbaut, grundlegend infrage gestellt werden. Die Zuwanderung bleibt auch für das bayerische Bildungssystem nicht folgenlos und hat somit direkte Auswirkungen auf den Bedarf an Schulen und Personal sowie den Finanzbedarf des Bildungssystems. Fazit: Allein auf den Schülerinnen- und Schülerrückgang zu setzen, reicht bei weitem nicht aus, um sich den wichtigen Bildungsaufgaben zu stellen.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/7557

Bildungsfinanzierung der Staatsregierung gescheitert

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Margit Wild

Abg. Thomas Gehring

Abg. Günther Felbinger

Abg. Peter Tomaschko

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Herbert Woerlein

Staatssekretär Georg Eisenreich

Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Abg. Martin Güll

Präsidentin Barbara Stamm: Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 10:**

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr u. a. und Fraktion (SPD)

**Demographische Rendite von 555 Stellen an den Realschulen belassen
(Drs. 17/7551)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bildungsfinanzierung der Staatsregierung gescheitert (Drs. 17/7557)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Demografische Rendite aufgebraucht! Modellrechnungen zur Entwicklung der Schülerzahlen in Bayern vornehmen - Stellenbedarf an bayerischen Schulen endlich transparent machen! (Drs. 17/7579)**

Ich darf, bevor ich die allgemeine Aussprache eröffne, bekannt geben, dass die SPD-Fraktion für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Wir beginnen mit der Aussprache. Ich darf als Erster Frau Kollegin Wild das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! "Aus Eins mach Zehn ... und Zwei lass geh'n" – so hat die Zeitschrift eines großen Lehrerverbandes im vergangenen Jahr einen Artikel betitelt, in dem es um die demografische Rendite geht. Darin wird auch auf die wunderbaren arithmetischen

Rechenkünste unseres Herrn Dr. Spaenle Bezug genommen. Hintergrund für diesen Titel war der "Bayernplan", also das Wahlprogramm der CSU. Darin heißt es – das kann man nachlesen; man muss Wahlprogramme ernst nehmen können –: Wir in Bayern machen das völlig anders als andere Bundesländer. Wir wollen unsere Schulen stärken und belassen die demografische Rendite im System.

Dann aber kam es zum Schwur; denn bereits im April 2014 galt diese Aussage nicht mehr. Herr Dr. Spaenle trat nämlich vor die Mikrofone und verkündete, dass 832 Stellen wegfallen würden. Dagegen erhob sich großer Protest, aber nicht nur vonseiten der Schulen. Auch Herr Ministerpräsident Seehofer forderte eine Korrektur. Er fügte hinzu: Wenn das nicht von anderer Seite korrigiert wird, dann mache ich das selbst. - Offensichtlich ist die Berechnung der demografischen Rendite nicht ganz einfach; jedenfalls haut das nicht immer hin.

Wir von der SPD haben uns dazu entschlossen, uns speziell den Realschulen zu widmen, da sie die starken Säulen unseres Bildungssystems sind. Wir alle wissen, dass sich die Realschulen ungebrochen großer Beliebtheit bei vielen Schülerinnen und Schülern erfreuen. Das hat natürlich Wirkungen. Wir haben mittlerweile 6.555 Realschulklassen. Allein diese Zahl zeigt, wie beliebt diese Schulart ist. Das liegt zum einen an dem Angebot an praktischem Unterricht und zum anderen an den vielfältigen Möglichkeiten, die man nach dem erfolgreichen Abschluss der Realschulausbildung hat. Der große Andrang an den Realschulen ist sicherlich auch der Tatsache geschuldet, dass es seit vielen Jahren großen Unmut an den Gymnasien gibt.

Wir fordern deshalb in unserem Antrag, dass die demografische Rendite im Stellenplan der Realschulen bleibt; denn die Realschulen können nur dann weiterhin erfolgreich sein, wenn sie Lehrkräfte nicht abgeben müssen. Zudem verfolgen wir unisono drei große Ziele, nämlich die Klassenstärken zu verringern, eine integrierte Lehrerreserve aufzubauen und – sehr wichtig – die Ganztagsangebote auch an den Realschulen auszubauen.

Wenn wir uns die Klassenstärken an den Realschulen anschauen, stellen wir fest: Mehr als 10 % aller Realschulklassen – um es exakt zu sagen: 683 – haben mindestens 31 Schülerinnen und Schüler. In einigen Klassen sind es noch mehr, bis zu 34. Das muss man einfach feststellen. Diese Klassenstärken sind zum einen nicht dazu geeignet, den so hoch gelobten individualisierenden Unterricht zu gewährleisten, und gehen zum anderen an die Substanz der engagierten Lehrerinnen und Lehrer. Wir dürfen auch nicht vergessen: In 3.280 Realschulklassen liegt die Zahl der Schülerinnen und Schüler immerhin noch zwischen 26 und 30. Auch diese Klassengrößen sind nicht hinnehmbar. Das ist ein sehr unbefriedigender Zustand.

Wir sagen: Das muss sich ändern. Wir haben aber nicht viele Möglichkeiten. Wir könnten jetzt Lehrkräfte einstellen. Ich verweise auf den Artikel, der gestern in der "Süddeutschen Zeitung" zu lesen war. Demnach haben wieder viele Referendare, die auf Realschullehramt studiert haben, keine Stelle bekommen. Schon vor zwei Jahren war es schlimm; damals hat nur jeder zehnte Bewerber eine Stelle bekommen. Das ist nicht in Ordnung. Wir möchten auch nicht – entgegen einer Äußerung von Minister Dr. Spaenle in einem Schreiben von gestern –, dass die demografische Rendite für die Erledigung von Aufgaben genutzt wird, die unseres Erachtens zusätzliche Aufgaben in einem ohnehin nur knapp abzudeckenden Bereich darstellen.

Schauen wir uns das Zahlenwerk genauer an – die Kolleginnen und Kollegen, die mich gut kennen, wissen, dass ich immer sehr aufrichtig mit Zahlen umgehe –: Es ist vorgesehen, dass die Realschulen zum 1. August 2015 218 Stellen abgeben; im Jahr 2016 sollen es 337 sein. Das sind summa summarum 555 Stellen. Der Fairness halber füge ich hinzu, dass die Realschulen auch Stellen zurückbekommen: 60 für die Grundversorgung, 18 für die Ganztagsbetreuung, 7 für die Inklusion, 10 für die Hochbegabtenförderung, 5 für die Integrationsförderung und 14 für die erweiterte Schulleitung; das sind summa summarum 114. Damit bleibt es bei einem Negativsaldo von 104 Stellen in diesem Schuljahr. Das kann nicht angehen, wenn man es wirklich ernst meint. Sie sagen doch immer, Sie seien der verlässliche Partner der Realschulen.

Dann geht aber nicht an, dass Sie hier mit solchen Zahlenspielereien und Tricksereien arbeiten. Da stimmen nämlich Ihre Ankündigungen und später die nackten Zahlen in keiner Weise überein.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich einmal überlegt: Die jungen Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten an unsere Schulen kommen – und darauf zielen der Berichtsantrag der GRÜNNEN sowie der Berichtsantrag der FREIEN WÄHLER ab –, sind zahlenmäßig eigentlich gar nicht mit eingerechnet. Meiner Meinung nach muss man jedoch die Möglichkeit berücksichtigen, dass auch Flüchtlingskinder Realschulen oder Gymnasien besuchen können. Diese Situation muss sich auch in der Zahl der Lehrkräfte niederschlagen.

Deshalb können wir jetzt schon sagen, dass wir beiden Anträgen zustimmen werden. Die bisher bekannten Zahlen stimmen einfach nicht. In der vergangenen Woche musste das Ministerium zugestehen, dass es sich im Bereich der beruflichen Schulen absolut verrechnet hat. Dann muss man aber einfach einmal sagen: Wir befinden uns jetzt in einer besonderen Situation und greifen in die Töpfe, um unsere Schulen mit den entsprechenden Lehrkräften auszustatten.

Dazu fordern wir Sie jetzt nachdrücklich auf. Das hat auch damals schon funktioniert. Durch den erheblichen Druck sind für die Schulen damals immerhin 215 Stellen im Nachtragshaushalt geschaffen worden. Ich erwarte auch jetzt, dass wir diese Chance nutzen. Es darf nicht nur bei den Worten bleiben, dass wir der starke Partner unserer Schulen sind; vielmehr müssen wir diesen Worten nun auch endlich Taten folgen lassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Analog gilt das Gleiche natürlich auch für die Gymnasien. Das lässt ein Blick auf die Zahlen erkennen. Im Prinzip müssen unsere Realschulen und unsere Gymnasien am

meisten Federn lassen; beide haben mit gewaltigen Problemen zu kämpfen. Ich möchte, dass unsere Schülerinnen und Schüler, egal auf welche Schulen sie gehen, engagierte Lehrkräfte haben, dass für sie ein individueller Unterricht möglich ist und dass jeder Schüler nach seinen Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden kann.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU)

Lassen Sie diese Chance nicht verstreichen. Ich appelliere an Sie und wiederhole mich dabei gerne: Lassen Sie Ihren Worten Taten folgen!

(Zurufe von der CSU)

Daran wird man Sie draußen messen. – Wir haben uns dieses Mal explizit die Realschulen ausgesucht. Sie tun nämlich immer so, als wäre das die Schulart, die Sie gepachtet haben und auf die Sie Ihr besonderes Augenmerk richten. In diesem Fall aber sind wir es, die ein besonderes Augenmerk gerade auf die Realschulen richten.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Gehring. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der bayerischen Bildungspolitik gab es eine einfache Formel. Diese lautete: Es gibt immer weniger Schülerinnen und Schüler, und damit bleiben rechnerisch Lehrerstellen übrig. Mit diesen Lehrerstellen kann man alles finanzieren, was zu den bildungspolitischen Aufgaben gehört. Das war eine einfache Formel: die sogenannte demografische Rendite. Kollegin Wild hat es schon angesprochen: Auch da war nicht alles transparent, auch da wurden Stellen gestrichen. Vor allem wurde uns nicht klargemacht, wie sich diese Schüler- und Lehrerstellenzahlen über die nächsten Jahre entwickeln werden. Wir haben dann irgendwann mal erfahren, wie es im nächsten oder übernächsten Jahr vielleicht ausschauen kann.

Des Weiteren wurde nicht transparent gemacht, wie all diese Aufgaben eigentlich zu finanzieren sein sollten. Wir haben Garantien des Herrn Ministerpräsidenten erhalten. Da gibt es die Garantie zum Erhalt kleiner Grundschulen – es gibt aber keinen Vorschlag, wie das Ganze finanziert werden soll und wie viele Stellen notwendig sind.

Die zweite Garantie war die Ganztagsgarantie. Das war ein großes Projekt. Die Antwort der Staatsregierung auf die Finanzierungsfrage lautete: Schauen wir einmal, was die Kommunen beantragen, dann sehen wir schon, wie viele Mittel wir brauchen. Für den Ausbau der Ganztagschulen ist die Rede von Mitteln im dreistelligen Millionenbereich. Außerdem gibt es keinen Masterplan zum Ausbau der Inklusion. Es wird nicht gesagt, wie viele Stellen notwendig sind, damit wir die Inklusion in Bayern voranbringen.

Es war eine einfache Formel, wenn auch etwas unterkomplex: weniger Schüler gleich mehr Lehrerstellen. Das hat eigentlich nie richtig funktioniert; es war aber schön einfach. Jetzt muss man sagen: Diese Formel stimmt nicht mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie geht nicht mehr auf. Es gibt nämlich mehr Schülerinnen und Schüler. Das bedeutet, dass wir rechnerisch nicht mehr über die notwendigen Lehrerstellen verfügen. Im Grunde müssten wir die Tatsache begrüßen, dass wir in Bayern wieder mehr Schülerinnen und Schüler haben, als das noch vor einem Jahr prognostiziert wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zunahme der Schülerzahlen geht vor allem auf Zuwanderung zurück – auf Zuwanderung aus der Bundesrepublik nach Bayern, auf Zuwanderung aus anderen europäischen Ländern und schließlich auf Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern, die in unser Land kommen. Diese haben als Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf Bildung; denn Bildung ist ein Kinderrecht, und das gilt für alle Kinder, die bei uns in Bayern leben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie stark sich die Situation verändert hat, sieht man an der vorläufigen Prognose für das nächste Schuljahr. Vor einem Jahr wurde eine Prognose abgegeben, wie sich die Schülerzahlen in den nächsten Schuljahren entwickeln würden. Allein bei den Grundschulen sind es in diesem Jahr um 5.000 mehr Schülerinnen und Schüler, als noch vor einem Jahr prognostiziert. Nächstes Jahr sind es dann 8.000 Grundschüler mehr als prognostiziert, übernächstes Jahr 10.000 und 2018 schließlich 11.000 Schülerinnen und Schüler mehr als prognostiziert. An den Mittelschulen verhält es sich ähnlich. Bei den anderen Schulen verzeichnen wir zwar zum Teil einen Schülerrückgang, dieser ist aber nicht so stark, wie ursprünglich prognostiziert. Was in diese Prognose noch nicht hineingerechnet wurde, ist die Situation an den beruflichen Schulen, vor allem im Hinblick auf die Flüchtlinge. Diese sind in die Schülerzahlen noch nicht hineingerechnet worden.

Das heißt: Wir können den Begriff der demografischen Rendite getrost abschaffen. Das war sowieso nie ein guter Begriff. Diese Formel taugt nichts mehr. Wir müssen die Bildungsfinanzierung in Bayern neu aufstellen. Dafür brauchen wir Zahlen, Zahlen, Zahlen.

Deswegen stellen wir diesen Antrag. Wir wollen hierüber berichtet bekommen und gemeinsam überlegen, wie wir zusätzliche Lehrerstellen finanzieren können. Aus der demografischen Rendite lassen sie sich jedenfalls nicht mehr finanzieren. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und auch zum Antrag der FREIEN WÄHLER, der etwas Ähnliches fordert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich plädiere auch dafür, dem Antrag der SPD zuzustimmen, weil er ein wichtiges Thema benennt, nämlich die Situation der Realschulen. Die Realschule ist die Schulform mit den größten Klassen. Dort kann man die Klassenstärken nur abbauen, wenn die Stellen, die den Realschulen zugesagt worden sind, auch erhalten bleiben. Deswegen bitte ich auch um Zustimmung für den Antrag der SPD.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Felbinger. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich mich kürzlich mit der neuen BLLV-Präsidentin Frau Fleischmann über die demografische Rendite unterhalten habe, sagte sie: Die gibt es doch gar nicht mehr; die ist längst aufgebraucht. - Da hat sie absolut recht. Fakt ist: Die noch im Haushalt ausgewiesene Rendite ist längst kein "Nice-to-have" mehr, sondern sie ist bitter notwendig, um die Grundversorgung an den Schulen überhaupt zu gewährleisten. Das hat der Herr Minister Spaenle mit seinem Schreiben zur Verwendung der demografischen Rendite zum Schuljahr 2015/2016 vom 10. Juli 2015 selbst einräumen müssen.

Wenn man auf die nüchternen Zahlen schaut, erkennt man: Im aktuellen Doppelhaushalt 2015/16 sind für das Schuljahr 2015/16 insgesamt 1.125 Stellen noch als sogenannte demografische Rendite ausgewiesen. Aber von diesen genannten Stellen fließen alleine 444 – und damit mehr als ein Drittel – in die Sicherstellung der Grundversorgung. Grundversorgung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CSU, bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Abdeckung von Pflichtunterricht. Das heißt auch, dass wir in anderen Fällen, etwa beim Abbau großer Klassen, nicht wirklich einen Schritt weiterkommen. Lassen Sie mich dies an zwei Beispielen verdeutlichen:

Die Realschulen müssen zum 01.08.2015 218 Stellen abgeben, erhalten aber insgesamt nur 114 Stellen zurück, obwohl es immer noch 750 Klassen mit über 30 Schülern in einer Klasse gibt.

Die SPD weist in ihrem Antrag zu Recht darauf hin, dass für 2015/2016 insgesamt 555 Stellen bei den Realschulen zur Disposition stehen, die diese dringend benötigen und die nicht abgezogen werden dürfen. Deshalb unterstützen wir den Antrag der

SPD. Aber er greift eigentlich noch ein wenig zu kurz, das hat der Kollege Gehring gerade auch gesagt; denn in anderen Schularten herrscht ebenfalls Mangelverwaltung. Die beruflichen Oberschulen etwa sollen den ausfallenden Pflichtunterricht mit lediglich 10 Stellen kompensieren, obwohl wir bereits letzte Woche an gleicher Stelle hier im Plenum festgestellt haben, dass die Personalsicherstellung an den FOS und den BOS mit 92 % nicht gewährleistet ist. 10 Stellen, meine Damen und Herren, das ist nicht einmal mehr ein Tropfen auf den heißen Stein. Die verdunsten schon, bevor sie überhaupt in den Schulen ankommen. Ich spreche, wohlgemerkt, immer noch nur über die Abdeckung des Pflichtunterrichts. Es kommen ja noch zusätzliche Aufgaben hinzu, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, wie der Ganztagsausbau und die Inklusion, die nach Ihrer Version ebenfalls forciert werden sollen; die kommen noch on top.

Nun möchte ich noch einen wichtigen Punkt ansprechen, der sehr sensibel ist; deshalb sollten Sie genau hinhören. Es ist ungut, wenn die Schulfamilie vor Ort den Eindruck hat, dass sie hingehalten wird und versprochene Ziele nicht mehr eingehalten werden. Viele Lehrkräfte weisen zu Recht darauf hin: Wir wollen jedem Kind gerecht werden. Dazu brauchen wir aber Zeit, kleine Klassen und vor allem Entlastung. Die meisten Lehrkräfte sagen natürlich: Wir wollen alle Kinder, auch jene, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind, Deutsch lehren und sie in die Klassengemeinschaft integrieren. Doch was macht unser Minister Spaenle? – Er spielt die Flüchtlings- und Asylbewerberkinder gegen den seit Jahren vorhandenen Personalbedarf im Schulsystem aus. Das ist unverantwortlich und schürt möglicherweise Ressentiments, die wir unter allen Umständen vermeiden müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Denn Schülerinnen und Schüler aller Schularten haben Anspruch auf die Abdeckung des Pflichtunterrichts, und die Flüchtlings- und Asylbewerberkinder sind, unabhängig von ihrem rechtlichen Status, schul- und berufsschulpflichtig und haben deshalb auch einen Platz an der bayerischen Schule. Herr Spaenle, es kann nicht sein, dass Sie

versuchen, alles auszusitzen. Der Landtag muss endlich wissen, wie es wirklich um die Personalausstattung und -versorgung an den Schulen steht. Das ist auch das Ziel unseres Antrags: Wir wollen endlich eine nachvollziehbare, transparente Analyse der Prognose; denn die, die Sie jetzt vorgelegt haben, ist aufgrund der angestiegenen Zahlen der schul- und berufsschulpflichtigen Flüchtlings- und Asylbewerberkinder längst überholt.

Dass deren Zahl in den letzten Wochen und Monaten sehr zugenommen hat, gestehen wir Ihnen durchaus zu. Aber es reicht nicht, lediglich die Entwicklung der Schülerzahlen darzulegen und deshalb die Zuwanderung kaum zu betrachten. Wir geben den Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN in ihrem Antrag hundertprozentig recht und unterstützen ihn.

Wir müssen auch wissen, wo wir bei der Ganztagsbeschulung, bei der Inklusion, beim Erhalt der Grundschulorte und bei der eigenverantwortlichen Schule hinwollen. Alle diese Aspekte müssen in eine seriöse Modellrechnung einfließen, und dabei ist es erlaubt, auch einmal ein Szenario 1, 2 oder 3 mit oder ohne Inklusion, mit oder ohne Ganztagsbeschulung oder mit oder ohne alle weiteren Faktoren, die ich genannt habe, zu verlangen. Das verlangen wir mit unserem Antrag, nicht mehr und nicht weniger: endlich eine seriöse Schülerprognose. Dabei muss das Kultusministerium anscheinend noch etwas lernen. Ich denke, auch der Finanzminister müsste unseren Antrag eigentlich unterstützen; denn er fordert schon lange, dass das Kultusministerium endlich einmal rechnen lernt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Tomaschko. Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zuerst herzlichen Glückwunsch an SPD, GRÜNE und FREIE WÄHLER: Wenn es den Titel "Schlechtreden unserer Schulen" geben würde – Sie

wären heute perfekter Anwärter auf die Weltmeisterschaft; aber nicht einmal das machen Sie ordentlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

- Ich würde Sie einfach bitten, zuzuhören, denn wir haben Ihnen auch zugehört. Wenn Sie mir die Vorbemerkung erlauben, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen der SPD: Hätten Sie die Landtagswahl 2013 gewonnen – stellen Sie sich das einfach einmal vor; Herr Rinderspacher, das ist wahrscheinlich ein Gedanke, der sehr weit von Ihnen entfernt ist –,

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Dann müssten wir uns Ihre Rede jetzt nicht anhören!)

dann gäbe es in Bayern keine Realschulen mehr. Das ist eindeutig Fakt. Diese Aussage kommt nicht von mir, sie kommt auch nicht von der CSU, sondern die hat sich Ihre Kollegin Frau Wild beim Bayerischen Realschultag in Regensburg genau so von den Vertretern der bayerischen Realschulen anhören dürfen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Fakt. Deshalb wundert es mich schon, dass Sie diesen Antrag gestellt haben; denn Sie wären die Totengräber der Realschule gewesen. Aber Gott sei Dank hat der Wähler anders entschieden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir erleben aktuell auch in Baden-Württemberg, dass dort die grün-rote Koalition die Arbeit der Realschulen zerstört. Der Realschullehrerverband Baden-Württemberg warnt in seiner Pressemitteilung vom 20.05.2015 – ich zitiere –:

Ideologischer Borniertheit entsprungene brutale Knebelung und Demontage der bislang als erfolgreich erlebten und deshalb noch immer stark nachgefragten Realschule lehnen nun auch immer mehr Bürger ab und gehen in Konfrontation zur Landespolitik.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Machen Sie Vorlesestunde über Baden-Württemberg?)

– Das zitiere ich, da Sie in Bayern die gleiche Politik mit Ihren Gesamtschulen machen möchten. Wir möchten das nicht; denn wir stehen zu unseren Realschulen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Wild, Sie haben zwar versucht, es nett auszuführen, aber Glaubwürdigkeit kann ich in Ihrem Antrag wirklich nicht mehr sehen. Was Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben, ist nichts anderes als scheinheilig, In welcher Zeit leben Sie eigentlich, meine Damen und Herren? Warum wollen Sie die Realität nicht wahrnehmen? - Die bayerischen Schulen stehen angesichts der unvermindert steigenden Anzahl von schulpflichtigen Asylbewerbern und einer derzeit nicht abschätzbaren Zahl unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber in ihrer Gesamtheit vor einer großen Herausforderung. Was wir jetzt brauchen, ist Stabilität und die Sicherstellung des Unterrichts. Zudem wollen und werden wir selbstverständlich die Ganztagsbetreuung weiter ausbauen, die Inklusion voranbringen, die Klassenstärken weiter senken

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und vor allem die kleinen Schulstandorte sichern. Trotz dieser gewaltigen Herausforderungen

(Zuruf von der SPD: Wie denn?)

und obwohl wir bei all dem noch den finanzpolitischen Spielraum im Blick haben, den wir den nächsten Generationen hinterlassen wollen, sind wir gemeinsam mit der gesamten Schulfamilie auf einem guten Weg. Diesen guten Weg lassen wir uns von Ihnen, liebe SPD – und da schließe ich die GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER mit ein; Herr Aiwanger, Sie plärren immer so laut heraus, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

nicht irgendwo verbiegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mir jedenfalls fehlt jegliches Verständnis für diesen Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD. Das ist reiner Populismus. Vor allem habe ich nachgesehen, Frau Wild: Sie haben einen ähnlichen Antrag am 21.11.2014 gestellt.

(Margit Wild (SPD): Ach, geh halt!)

Damals haben Sie noch eine Klassenstärke von 30 gefordert. Vielleicht hat Herr Rinderspacher jetzt nicht mehr so genau nachgeschaut. Damals waren es 30, jetzt nehmen wir 26, und vielleicht nehmen wir nach der Sommerpause, im Oktober, dann 22 oder welche Zahl Ihnen halt gerade so einfällt. Vielleicht könnten Sie die Anträge wirklich etwas besser vorbereiten, wenn Sie denn schon Unruhe hineinbringen wollen. Ich glaube, Sie wissen selbst nicht, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe Ihnen damals im November bereits erklärt, dass wir die durchschnittliche Klassenstärke an den staatlichen Realschulen von 28 im Schuljahr 2008/2009 auf 26,4 im letzten Schuljahr 2013/2014 und in diesem Schuljahr auf 26,2 senken konnten. Das heißt, das Anliegen Ihres Antrag wäre sogar erfüllt. Liebe Frau Wild, Herr Rinderspacher, Frau Strohmayer, was aber noch schlimmer ist: Mit Ihrem Antrag versuchen Sie, die Schullandschaft komplett auseinanderzudividieren. Genau das nämlich will Ihr Antrag, in dem sie die demografische Rendite starr einer einzelnen Schullandschaft zuleiten wollen. Meine Damen und Herren, dabei ist der Erfolg unserer bayerischen Schullandschaft gerade darin begründet, dass wir eben miteinander, über die Grenzen der Schularten hinweg zusammenwirken und damit den großen Herausforderungen mit der Flexibilität, die es braucht, begegnen und sie meistern. Deswegen werden wir den Dringlichkeitsantrag der SPD natürlich ablehnen. – Herr Rinderspacher,

weil die Zeugnisvergabe aktuell ist, würde ich mir erlauben, Ihnen für diesen Antrag die Note "Ungenügend" ins Notenheft zu schreiben.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, ja; Ungenügend!
Nur für Sie 1 plus, 1 mit Stern! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber auch noch etwas Grundsätzliches zu den Realschulen in Bayern sagen; denn – da haben Sie recht, Frau Wild – die Realschulen liegen uns und mir ganz besonders am Herzen. Sie sind leistungsfähig, sie sind erfolgreich und sie sind gefragt. Die Realschulen sind ein Synonym für eine leistungsfähige Schulart. Die Erkenntnis, dass Bildung besonders gut gelingt, wenn sie als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird, wird in der Realschulgemeinschaft als gelebte Tradition aufgenommen. Sie reagiert insbesondere auf die Veränderungen der Bildungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

mit einem hohen Maß an Flexibilität. Keine andere Schulart – da können Sie noch so laut dazwischen rufen – hat vielfältigere Schnittstellen zu anderen Schularten oder zum beruflichen Bereich.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Deswegen ist es gerade wichtig, dass sie genügend Lehrer bekommt!)

Die Durchlässigkeit des differenzierten Schulwesens und die Individualisierung von Bildungsbiografien sind somit ein Kernthema der Realschule.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Steht das in Wikipedia oder so? Lesen Sie es dort nach?)

– Herr Aiwanger, ich kann es Ihnen nachher gerne noch wiederholen. Dass Sie sich mit der Realschule nicht auseinandersetzen, weiß ich, weil es bei Ihnen, bei den FREIEN WÄHLERN

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das meinen Sie zu wissen, Sie Gscheitmeier, Sie Gschaftlhuber!)

– das haben wir ja im letzten Jahr gesehen; hören Sie mir bitte einmal zu – nur das Gymnasium gibt. Das haben Sie letztes Jahr, Herr Felbinger, wunderbar unter Beweis gestellt, und mit Ihren Zwischenrufen machen Sie jetzt wieder das Gleiche.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dass 60 % das G 9 wollen! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Schülerorientierte Bildungsgänge bieten hervorragende Anschlüsse. Die Schüler erwerben Kompetenzen. Sie haben damit den Weg zur Hochschulreife oder zu anspruchsvollen dualen Berufsausbildungen beschritten oder eröffnet.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Das interessiert doch keinen! Sie brauchen Lehrerstunden und Lehrer!)

All diese Möglichkeiten gibt es in der Realschule. Sie setzt sowohl in der Theorie als auch in der Praxis diesen wichtigen und erfolgreichen Bildungsauftrag konsequent um. Nach aktuellen Umfragen sind die Eltern mit den Realschulen sehr zufrieden. Der Zufriedenheitswert liegt bei 85,2 %.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sind sie auch damit zufrieden, dass ihre Kinder in Klassen sind, die 36 Schüler haben?)

Bei der Bewertung zeigt sich: Sie sind also sehr zufrieden. Der Wert liegt noch höher als bei den anderen Schulen, für die er 83,5 % beträgt. Das sind Tatsachen aus einer Umfrage. Sie können noch so laut widersprechen – das sind eben Tatsachen.

Meine Damen und Herren, damit ist es auch richtig, dass wir als Freistaat in die Realschulen investieren und diese Investitionen umsetzen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

da die Realschule eine sehr wichtige und erfolgreiche Schule ist.

Präsidentin Barbara Stamm: Einen Augenblick bitte, Herr Kollege. Ich bitte doch wirklich darum, den Lärmpegel wieder etwas nach unten zu fahren. Im Übrigen darf ich darauf aufmerksam machen: Alle Redner und Rednerinnen, die am Rednerpult stehen, nehmen für sich in Anspruch, und zwar zu Recht – ich denke nur an die Debatte von heute Morgen –, dass nicht permanent dazwischen gerufen wird. Wenn man aber nicht redet, gilt dies auch, selbst wenn das vorher nicht eingefordert wurde. - Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Tomaschko (CSU): Vielen Dank. – Wir setzen diese Investitionen an den vorhandenen Realschulstandorten um. Wir haben aber auch neue Realschulstandorte gegründet. Ich komme selbst aus einem Landkreis, nämlich Aichach-Friedberg, der eine neue Realschule bekommen hat, nämlich in Affing-Bergen.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Reden Sie doch zum Thema!)

In Bayern gibt es insgesamt 18 neue staatliche Realschulen. Auch das spricht für das Erfolgsmodell der Realschulen. – Meine Damen und Herren, die sogenannte demografische Rendite verbleibt im Schulbereich.

(Margit Wild (SPD): Ah geh! Das stimmt doch nicht!)

Davon profitiert auch die Realschule. Im laufenden Schuljahr konnten wir den Umfang der Gesamtstunden an den staatlichen Realschulen von 177 auf 178 Stunden anheben. Dabei handelt es sich um eine verbindlich einzurichtende Wochenstunde, die dem Ausbau der individuellen Förderung dient und die nach Bedarf vor Ort eingeplant werden kann, nämlich entweder für MINT-Förderung oder auch für musische Unterrichtsangebote. Das heißt, sie kann vor Ort einfach individuell eingeplant werden.

Darüber hinaus – Frau Wild, das haben Sie in Ihrem Antrag leider auch nicht berücksichtigt – verstetigen wir die zum Schuljahr 2013/2014 eingeführte integrierte Lehrerre-

serve. Die gibt es bereits; Sie brauchen sie nicht neu zu erfinden oder neu zu beantragen. Diese gibt es bereits.

(Margit Wild (SPD): Dann haben Sie nicht zugehört!)

Das habe ich bereits im letzten Herbst begründet, aber anscheinend haben Sie damals auch nicht zugehört.

(Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

Das Gleiche gilt für das, was unser Kultusminister macht. Anscheinend haben Sie draußen an den Schulen nicht so den Überblick.

Diese Maßnahme der integrierten Lehrerreserve hat sich bewährt. Wir bekommen von den Schulen die besten Rückmeldungen, um den Unterrichtsausfall abzuwenden. Sie wird natürlich auch im nächsten Schuljahr fortgesetzt. Das heißt, jeder staatlichen Realschule werden unabhängig von der Schülerzahl zusätzlich zum bisherigen Budget Lehrerstunden zugewiesen.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sie reden nur von der Realschule! Was machen denn die anderen Schularten?)

Damit kann jede Schule individuell auf unvorhergesehenen Unterrichtsausfall reagieren oder das Zusatzangebot erhöhen, wenn kein Aushilfsfall besteht und damit auch Klassen teilen. Damit haben wir zusätzlich sehr kleine und übersichtliche Klassen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Insgesamt schafft dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Schulen Planungssicherheit und Planungsfreiheit und stärkt die Eigenverantwortung der Schule. Das ist unser Weg, der Weg der CSU. Wir stärken die Eigenverantwortung, während Sie als SPD nur reglementieren wollen und Anträge stellen, die mit der Realität leider überhaupt nichts zu tun haben. Wir werden auch die ganztägige Förderung und Beratungen an den Schulen mit Nachdruck fortsetzen. Mich ärgert gewaltig:

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wo sind die Stellen dazu?)

Auf diese Erfolge, die die Realschulen vor Ort mit unseren Rahmenbedingungen und mit unserer Unterstützung erzielt haben, gehen Sie in Ihrem Antrag mit keinem Wort ein. Wir haben bereits 79 gebundene Ganztagsangebote. Ich spreche dabei vom letzten Schuljahr. Heuer hat sich die Zahl weiter erhöht. Wir haben 928 offene Ganztagsgruppen. Die Zahlen sind vom letzten Schuljahr; heuer sind sie noch höher. Wir garantieren den Eltern eine verlässliche Betreuung ihrer Kinder. Überall, wo ein Antrag gestellt wird, wird dieser auch genehmigt, weil wir für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen. Darauf gehen Sie in Ihrem Antrag aber überhaupt nicht ein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, auch die Anträge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von den FREIEN WÄHLERN lehnen wir ab. Zum Antrag der FREIEN WÄHLER sage ich, so spät er gekommen ist, so mäßig ist er auch.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Unverschämtheit!)

Ich weiß nicht, ob Sie die Dinge lesen, die Sie vom Kultusministerium bekommen; ich meine die Schreiben, die an Herrn Güll als Vorsitzenden des Bildungsausschusses gegangen sind und die er uns natürlich auch weiterleitet – in diesem Bezug, Herr Güll, keine Kritik. Herr Güll, Sie bräuchten diese Schreiben gar nicht weiterzuleiten, weil sie von den FREIEN WÄHLERN, aber auch von den Ausschussmitgliedern aus Ihrer Partei und von den GRÜNEN anscheinend überhaupt nicht gelesen werden.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Wenn Sie uns zugehört hätten, hätten Sie es zur Kenntnis genommen! – Zuruf der Abgeordneten Margit Wild (SPD))

In diesen Schreiben sind alle Dinge mit den entsprechenden Tabellen und Beilagen erklärt und transparent dargestellt, die jetzt in Ihren Anträgen nochmals gefordert werden. Ausgewiesen wird, dass im Schuljahr 2015/2016 1.125 Stellen als demografische Rendite vorhanden sind. Diese bleiben natürlich an den Schulen. Wir halten Wort. Ich

weiß nicht, wie oft dies hier drinnen oder draußen oder sonst irgendwo noch gesagt werden muss. Sie bringen immer wieder irgendwelche Dinge daher, die nicht stimmen. Diese Stellen bleiben an den Schulen – darüber gibt es überhaupt keine Diskussion. Wir halten Wort. Wir sind damit in Deutschland auch die einzigen. Herr Rinderspacher, schauen Sie bitte einmal, was Ihr Kollege in Baden-Württemberg macht. Das könnten Sie in einer Zwischenfrage vielleicht auch ergänzen. Ich glaube nämlich, er macht es nicht. Sie sind aber näher dran als wir.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Natürlich haben wir – das habe ich eingangs schon gesagt - eine gewaltige Herausforderung im Bereich der schulpflichtigen Asylbewerberkinder. Diese Herausforderung wird auch gestemmt. Das ist aber eine Herausforderung. Diese Dinge können im bereits seit Längerem beschlossenen Doppelhaushalt natürlich so nicht dargestellt werden. - Aber noch einmal: Wir haben diese Dinge transparent dargestellt. Ein herzliches Dankeschön an den Kultusminister und an den Staatssekretär dafür, dass alles klar und transparent dargestellt worden ist.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Jetzt darf ich Herrn Kollegen Aiwanger für eine Zwischenbemerkung das Wort erteilen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, Sie haben jetzt einen Wikipedia-Auszug über das baden-württembergische Schulsystem und alles Mögliche vorgelesen. Völlig daneben war, dass Sie einfach lapidar gesagt haben: Herr Aiwanger, Sie wissen ja eh nicht, was in der Realschule los ist. Ich habe vor wenigen Tagen beim Empfang des Handwerks München mindestens eine halbe Stunde lang mit dem Vorsitzenden des Realschullehrerverbandes, Herrn Böhm, gesprochen.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Dieser Herr hat eindeutig gesagt: Wir haben an den Realschulen einen dringenden Bedarf an mehr Lehrern. Bei den Referendaren, die nicht übernommen wurden, gibt es ein Heulen und Zähnekniernen. Diese Leute würden dringend benötigt. - Versteht dieser Herr auch nichts davon? Verstehen nur Sie, dank Ihres CSU-Parteibuchs, etwas davon, und alle anderen können nicht lesen und schreiben? - Bitte geben Sie mir eine Antwort auf die Frage, ob Böhm auch nichts von der Sache versteht, sondern nur Sie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Peter Tomaschko (CSU): Herr Aiwanger, ich schätze Herrn Böhm sehr, sowohl in seiner Funktion als Bundesvorsitzender als auch in seiner Funktion als Landesvorsitzender. Wir stehen ständig in Kontakt. Ich war beim Realschullehrerverband in Regensburg und schätze Herrn Böhm sehr. Wir arbeiten sehr erfolgreich zusammen. Herr Aiwanger, mich freut, dass Sie erkannt haben, dass es in Bayern auch Realschulen gibt. Dafür meinen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Zwischenbemerkung: Herr Kollege Gehring, bitte.

(Unruhe)

Herr Kollege Gehring hat das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Tomaschko, das war eine Rede nach der Methode Copy and paste. Der Textbaustein zur Ideologie über die Realschulen durfte natürlich nicht fehlen. Das war aber heute gar nicht das Thema. Es ging nicht um die Realschulen, sondern um die Versorgung der Realschulen mit Lehrerstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die Realschulen, vor allem die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer an den Realschulen, haben nichts davon, wenn man sie lobt und ihnen gleichzeitig die Lehrerstellen wegnimmt. Das ist keine gute Art und Weise, die Realschulen zu behandeln.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe Herrn Böhm, den Vorsitzenden des Realschullehrerverbandes, vorhin auf dem Gang getroffen. Er hat sich dafür bedankt, dass dieser Antrag heute gestellt worden ist, und dass wir ihm zustimmen werden. Vielleicht sollten Sie auch einmal mit ihm reden.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben leider zu dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER und zu unserem Dringlichkeitsantrag, in denen es um die demografische Rendite geht, kaum Stellung genommen. Das liegt wahrscheinlich daran, dass Sie Ihre Rede womöglich schon gestern geschrieben haben. Herr Tomaschko, die Frage lautet leider nicht mehr: Bleibt die demografische Rendite an den Schulen oder nicht? Die Frage lautet vielmehr: Gibt es überhaupt noch eine demografische Rendite?

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie sollten nicht nur Texte vorlesen, sondern einmal nachdenken, analysieren und Fragen stellen. Sie sollten außerdem die Zahlen befragen. Sie haben auf die vorläufige Prognose der Lehrerstellen für das kommende Schuljahr hingewiesen, die uns heute um 12.59 Uhr zugegangen ist. Diese Prognose ist uns vermutlich nur deshalb zugegangen, weil ich heute Morgen mehrmals deswegen telefoniert habe. – So viel zum Thema Information, und zur Frage, wer in diesem Hause die Informationen hat.

Ich weiß nicht, ob Sie diese Prognose schon durchgesehen haben. Sie werden daraus ersehen, dass die Schülerzahlen in diesem Schuljahr stark steigen und dass die Prognose, die noch vor einem Jahr gestellt wurde, heute in die Tonne getreten werden kann und stark korrigiert werden muss. Wir haben andere Zahlen.

Herr Kollege Tomaschko, Sie sprechen immer davon, dass die demografische Rendite im System bleibt. Die demografische Rendite ist aber nicht mehr da. Wir müssen also neu überlegen, wie wir Bildung finanzieren wollen. Dafür ist heute der richtige Zeitpunkt. Nächste Woche wird das Kabinett in Sankt Quirin den Haushalt besprechen. Ich bin gespannt, wie viele Lehrerstellen der Kultusminister bei diesen Verhandlungen herausholen wird. Ich denke, er braucht dabei unsere Unterstützung aus dem Parlament; denn über die demografische Rendite kriegt er diese Stellen nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege.

Peter Tomaschko (CSU): Erstens. Der Dringlichkeitsantrag der SPD betrifft sehr wohl die Realschulen, und nur die Realschulen. Daher ist es angezeigt, dass ich zu den Realschulen Stellung nehme. Was ich angesichts der Grundhaltung der SPD zu den Realschulen von diesem Dringlichkeitsantrag halte, habe ich gesagt.

Zweitens. Das Schreiben des Kultusministeriums an Herrn Güll trägt das Datum 10.07. Das ist schon ein paar Tage her. Da gab es Informationen. Jetzt gibt es weitere Informationen. Ich glaube nicht, dass ich Ihnen dieses Schreiben vorlesen muss. Das wäre betreutes Lesen. Ich glaube, das können Sie selbst lesen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bitte schön, lesen Sie einmal vor!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Herr Kollege Tomaschko, kommen Sie bitte noch einmal ans Rednerpult.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Noch einmal nachsitzen hier!)

Herr Kollege Woerlein zur Zwischenbemerkung, bitte.

Herbert Woerlein (SPD): Herr Kollege Tomaschko, wir sind Kollegen im Wahlkreis Schwaben. Ich darf einen kurzen Abgleich mit der Wirklichkeit vornehmen. Ich war

17 Jahre lang Schulleiter an einer Realschule in Schwaben. Meine Kollegen und ich, 60 an der Zahl, haben die Personalnot immer tapfer ertragen. Sie haben heute von einer integrierten Lehrerreserve gesprochen. Ich darf Ihnen sagen, dass diese integrierte Lehrerreserve in den Jahren 1996 bis 2013, als ich Schulleiter war, de facto nie- mals vorhanden gewesen ist, da die fünf Kolleginnen und Kollegen, die vergeben wer- den konnten, jeweils bereits zum Schuljahresbeginn längst weg waren. Die Schulleiter machen in dieser Zeit in der Regel keinen Urlaub und warten ab, ob Krankheitsfälle auftreten. Die ersten fünf Krankheitsausfälle werden von den Ministerialbeauftragten nach dem Windhundprinzip versorgt. Ab dem 15. September wird es keine einzige Stelle in der integrierten Lehrerreserve mehr geben. Das gebe ich Ihnen schriftlich, mündlich und mit persönlichem Ehrenwort.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): So sieht die Wirklichkeit aus!)

Es ist unlauter, so zu tun, als wären die Schulen gut ausgestattet.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Tomaschko, bitte.

Peter Tomaschko (CSU): Herr Kollege Woerlein, ich setze mich sehr gerne mit Ihnen fachlich auseinander. Ich kann Ihnen nur die Rückmeldung des Realschullehrerver- bands und der Realschulen, an denen ich vor Ort bin, geben, wonach die integrierte Lehrerreserve ein wichtiges Instrument ist. Ich habe mir die Umsetzung an vielen Re- alschulen angesehen. In der Zeit, in der kein Unterricht ausfällt, werden diese Lehr- kräfte auch zur Teilung von Klassen, für die individuelle Förderung und die Spezialisie- rung eingesetzt. Das wird sehr gut angenommen. Darum teile ich Ihre Einschätzung nicht.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Keine Ahnung, aber davon eine ganze Menge!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich Herrn Staatssekretär Eisenreich ans Rednerpult bitten.

(Georg Rosenthal (SPD): Herr Eisenreich muss es jetzt richten!)

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Freistaat Bayern investiert wie kein anderes Land in Deutschland in die Bildung. Ich kann Ihnen versichern: Bildung ist und bleibt ein Investitionsschwerpunkt in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Auch wenn die Debatte ein bisschen hitzig war, ist es immer wieder gut, sich ein paar grundlegende Zahlen vor Augen zu führen. Wir haben seit dem Jahr 2008 den Kultusetat von 8,6 Milliarden Euro um 3 Milliarden Euro auf 11,5 Milliarden Euro im nächsten Jahr gesteigert. Das ist eine gewaltige Summe, die unterstreicht, dass wir bei der Bildung einen wirklichen Investitionsschwerpunkt haben.

Darüber hinaus bleibt die demografische Rendite voll im Bildungssystem erhalten. Wir gehen damit einen anderen Weg als andere Bundesländer; denn viele Bundesländer nutzen die zurückgehenden Schülerzahlen, um Lehrerstellen einzusparen. Selbst das reiche Baden-Württemberg streicht Stellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir tun das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Nach dem Beschluss der CSU-Landtagsfraktion vom Februar 2014 verbleiben die Stellen, die aufgrund des weiteren Schülerrückgangs rechnerisch wegfallen, also die sogenannte demografische Rendite, für den Rest der laufenden Legislaturperiode im Schulsystem. Ich bin den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion dafür herzlich dankbar; denn wir brauchen diese Stellen.

Zur demografischen Rendite: Die demografische Rendite ist keine dauerhaft feste Größe, sondern sie hängt von den tatsächlichen Schülerzahlen und Entwicklungen ab. Die Schülerprognosen werden im Übrigen jährlich aktualisiert und veröffentlicht. Die Endfassung der Prognose für das Jahr 2015 befindet sich gerade in unserem Hause.

Sie wird voraussichtlich bis zur Sommerpause veröffentlicht und auch Ihnen zugeleitet. Wir können rechnen, und ich gehe davon aus, dass Sie lesen können. Diese Prognose stellt eine gute und aktuelle Datengrundlage dar. Die Rendite wird für den Doppelhaushalt berechnet. Sie liegt somit für zwei Jahre fest und wird dann für den nächsten Doppelhaushalt entsprechend aktualisiert. Die Rendite ist da, aber es stimmt – die Beobachtung ist richtig –, dass die Rendite kleiner wird, was ja auch logisch ist.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Unser Antrag war also richtig! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das geht gegen null!)

- Nein. Sie brauchen sich doch bloß die Zahlen anzusehen. Wenn die Schülerzahlen höher sind als in der Prognose, weil Asylbewerberkinder und Flüchtlingskinder in einem höheren Umfang als erwartet nach Bayern kommen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann stellt doch die Referendare ein, die wir haben!)

dann wird die Rendite entsprechend kleiner, aber sie ist noch da.

Für das nächste Schuljahr hat der Minister Ihnen die Verwendung der demografischen Rendite vorgelegt. Zunächst werden in einem ersten Schritt die Lehrerstellen entsprechend den Schülerzahlen aus den Schularten herausgezogen und in ein Sammelkapitel gestellt. In einem zweiten Schritt werden sie dann wieder entsprechend verteilt. Das gilt für alle Schularten. Sehr geehrte Frau Kollegin Wild, das gilt natürlich auch für die Realschule, wie Sie es beschrieben haben: Zunächst kommen aufgrund des Schülerrückgangs 218 Stellen heraus und dann aufgrund von politischen Schwerpunktsetzungen wieder 114 Stellen zurück. Das gilt für alle Schularten und entspricht den Festlegungen des Doppelhaushalts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen die demografische Rendite, um zum einen den erheblichen Zustrom an schulpflichtigen Asylbewerber- und Flüchtlingskindern versorgen zu können. Für den nächsten Doppelhaushalt werden sie entspre-

chend den Schülerprognosen in den Haushalt eingerechnet; aber wenn es dann, im zweiten Jahr eines Doppelhaushalts, Verschiebungen gibt, wird dazu eben auch die demografische Rendite verwendet.

Wir brauchen die demografische Rendite, um die Inklusion voranzubringen und die Ganztagsangebote auszubauen; hier haben wir ja eine große Weiterentwicklung in diesem Jahr beschlossen. Wir brauchen die demografische Rendite für die Sicherung von kleinen Schulstandorten; deswegen wird der Demografiezuschlag ausgeweitet. Außerdem brauchen wir weitere Verbesserungen, die wir so, wie wir sie angekündigt haben, in unseren Schwerpunktbereichen entsprechend umsetzen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Aber wenn die demografische Rendite kleiner ist, reicht es dann eigentlich noch aus?)

- Wenn die demografische Rendite kleiner ist, können weniger Verbesserungen umgesetzt werden, das ist logisch. Aber wie man dem Schreiben entnehmen kann, sind natürlich zwei Drittel für Verbesserungen möglich, wenn ein Drittel für die Grundversorgung benötigt wird. Ich bitte also, das Schreiben intensiv zu lesen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege! – Herr Staatssekretär, gestatten Sie dem Kollegen Piazolo eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Am Ende meiner Ausführungen.

Präsidentin Barbara Stamm: Am Ende. Gut, danke.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Zur Realschule: Der Kollege Tomaschko hat ausführlich dargelegt, dass die Realschule in unserem differenzierten Schulsystem eine Schlüsselposition innehat. Die Realschule ist attraktiv, sie ist beliebt. Anders als SPD und GRÜNE stehen wir als Bayerische Staatsregierung uneinge-

schränkt zur Realschule; das kann man, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier gar nicht oft genug deutlich machen.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich haben wir in den letzten Jahren auch im Bereich der Realschulen einige Verbesserungen angestoßen. Ein Beispiel ist die Senkung der Klassenstärken von 28 auf jetzt 26,2 Schülerinnen und Schülern.

Zur integrierten Lehrerreserve: Sehr geehrter Herr Kollege Woerlein, wir haben uns ja erst am Freitag in Schwaben im Rahmen einer Schulpartnerschaft getroffen. Sie haben recht, dass Sie das als Schulleiter nicht mehr in dem Maße erlebt haben, weil die integrierte Lehrerreserve früher sehr klein war. Seit 2013/2014 stehen den staatlichen Realschulen aber 110 Lehrerstellen für die sogenannte integrierte Lehrerreserve zur Verfügung. Das kam also erst, nachdem Sie in den Bayerischen Landtag eingezogen sind. Die integrierte Lehrerreserve besteht auch fort - im nächsten Jahr im gleichen Umfang. Des Weiteren genehmigen wir alle genehmigungsfähigen Anträge auf Einrichtung von Ganztagsangeboten an den staatlichen Realschulen und stellen dafür entsprechend Lehrerstellen zur Verfügung.

Sie sehen, wir haben in den letzten Jahren viel umgesetzt und viel erreicht. Als Bildungspolitiker betone ich natürlich aber auch, dass wir noch einiges vor uns haben. Wir werden weiter, wie angekündigt,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

an Verbesserungen arbeiten, und ich freue mich auf jeden, der hier mithilft. Die Informationen zu den Schülerzahlen, zu den Prognosen und zu den Renditen

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Dann müssen Sie mal die aktuellen Zahlen vorlegen!)

werden auch wieder zu einer Versachlichung der Debatte führen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Professor Piazolo. Bitte.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, erstens habe ich eine Nachfrage zu dem Begriff demografische Rendite. Sie haben definiert, es sei das, was übrig bleibt, wenn die Schüler weniger werden. Das waren einmal etwa 1.100 Stellen. Nun kommen sehr viele Flüchtlinge - damals hatte man das nicht erwartet; Sie haben es angesprochen -, wodurch die Schülerzahlen nicht viel geringer werden. Die Frage ist daher, ob man überhaupt von dem Begriff demografische Rendite sprechen kann, weil sie so eigentlich nicht vorhanden ist. Wenn es eigentlich heißt, wir brauchen mehr Stellen aufgrund der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dann möchte ich Sie fragen: Wie viele Stellen planen Sie?

Zweitens. Wenn ich mich richtig erinnere, haben Sie zum Thema Inklusion gesagt: Für diese Herausforderung wollen wir mindestens 100 Stellen zusätzlich. Jetzt sagen Sie, wir holen sie aus der demografischen Rendite, die aber eigentlich schon bald nicht mehr vorhanden ist.

Drittens. Ich erachte es als politisch richtig, die kleinen Schulstandorte zu erhalten. Dafür brauchen Sie aber auch Lehrerstellen, die Sie jetzt aus der demografischen Rendite holen.

Es sind drei Faktoren, welche die demografische Rendite immer kleiner machen und zum Verschwinden bringen. Deshalb lautet meine Frage: Was wird zusätzlich an Stellen draufgesattelt, um diesen drei Herausforderungen zu begegnen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Noch einmal zum System: Unsere Schülerprognosen werden jährlich aktualisiert. Die demografische Rendite wird, weil wir unsere Finanzierung in Doppelhaushalten beschließen, für den Doppelhaushalt berechnet. Das bedeutet, rechnerisch steht sie für zwei Jahre fest, und dann entwickelt sie sich entsprechend den Schülerzahlen. Wenn sich diese ändern, zum Beispiel weil es mehr Asylbewerberkinder als geplant gibt, muss ein Teil aus der demografischen Rendite dafür verwendet werden. Das entspricht - das steht auch in diesem Schreiben - ungefähr einem Drittel. Für weitere Verbesserungen stehen dann noch zwei Drittel zur Verfügung.

Nach diesem Doppelhaushalt erfolgt für den nächsten Haushalt eine komplette Neuberechnung. Dann ist es vermutlich so, dass die demografische Rendite aufgrund der steigenden Zahlen von Asylbewerberkindern und Flüchtlingskindern von Haus aus für diese zwei Jahre kleiner sein wird, weil die Zahlen entsprechend höher sind. Das ist das System.

Das Thema Inklusion ist uns im Bayerischen Landtag ein sehr wichtiges Anliegen. Auch in der Bayerischen Staatsregierung haben wir beschlossen, jährlich 100 zusätzliche Stellen zur Verfügung zu stellen; und zwar aus der demografischen Rendite, wie das in dem Schreiben an den Bildungsausschussvorsitzenden dargelegt worden ist. Für die Sicherung von kleinen Schulstandorten werden wir den Demografiezuschlag im nächsten Schuljahr um 30 Stellen erhöhen.

(Beifall bei der CSU)

Ich denke, damit sind die Fragen des Herrn Kollegen Piazolo beantwortet.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Bitte verbleiben Sie noch am Rednerpult, Herr Staatssekretär. Der Kollege Güll hat eine weitere Zwischenfrage. Bitte.

Martin Güll (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär, wir sprechen jetzt vom ersten Jahr der demografischen Rendite und noch nicht von 2016. Das

heißt, wir haben jetzt sozusagen ein paar Monate vorher errechnet, was wir offensichtlich eigentlich zurückgeben könnten, und das ist nämlich die demografische Rendite. Jetzt treten Sie als der große Gönner auf und sagen: Schaut mal her, wir in Bayern lassen das großzügig im System. Eigentlich haben Sie sich ganz brutal verrechnet; denn die steigende Anzahl der Flüchtlinge und die Notwendigkeit von deren Beschulung hätte man eigentlich vorhersehen können.

(Zurufe von der CSU)

- Vielleicht nicht auf die Zahl genau. – Ich will damit aber auch sagen, wenn wir heute den Fokus ausnahmeweise auf die Realschulen legen - an diesem Beispiel ist das schön zu sehen, denn dort schlagen die zu beschulenden Flüchtlinge nicht derart auf, sondern hier gibt es einfach noch dynamische Entwicklungen, die Sie einfach ignoriert haben - dann zeigt sich bei dieser Berechnung: Sie benötigen allein 60 Planstellen, um die Grundversorgung in den Realschulen sicherzustellen. Dann haben Sie noch drei, vier, fünf andere kleine Bereiche, die in Ihrem Programm auch vorkommen und aufgelistet sind, wie zum Beispiel Ganztag, Inklusion usw.

Wir richten heute den Fokus auf die Maßnahmen, die Sie auch versprochen haben: Auch in den Realschulen sollen die Klassen kleiner werden. Der Aufbau der integrierten Lehrerreserve soll fortgesetzt werden. Davon sehen wir aber in dieser Auflistung nichts mehr, weil nichts mehr übrig ist. Deswegen müssen Sie hier im Hohen Haus einmal ein Wort dazu sagen – so verstehe ich auch die Anträge der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN -, wie es denn in den nächsten Haushalten weitergehen soll. Brauchen wir die Stellen, oder können wir die anderen Maßnahmen, die immer wieder gefordert werden, wie Abbau der Klassen oder Aufbau der integrierten Lehrerreserve, abschreiben, weil sie einfach nicht mehr zu haben sind? Mit der demografischen Rendite werden wir sie nicht bekommen. Das ist der Grund des Antrags. Dazu brauchen wir bitte eine Stellungnahme von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Georg Eisenreich (Kultusministerium): Ich bewundere jeden, der in der Lage ist, die Zahl der Flüchtlingskinder und die Asylbewerberströme gut vorauszuberechnen. Derjenige, der das kann, ist einzigartig in ganz Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Diese Entwicklung hat alle Bundesländer in Deutschland überrascht. Dies sieht man auch daran, dass die entsprechenden Zahlen von den Bundesbehörden monatlich nach oben korrigiert worden sind. Wir zählen nicht selber, sondern wir sind auf die Statistiken und die Zuarbeit von Bundesbehörden angewiesen.

Ich kann nur wiederholen, was ich vorhin schon gesagt habe. Der Spielraum der Rendite wird kleiner, wenn die Schülerzahl sich gegenüber der Prognose verändert. Wenn mehr Schüler im Schulsystem sind, weil Asylbewerberkinder und Flüchtlingskinder zu uns kommen, wird der Spielraum für Verbesserungen im System kleiner. Das ist unbestritten. Wir können Verbesserungen weiter vorantreiben. Wir können aber nicht mehr so viele Verbesserungen voranbringen. Wichtig sind die Schwerpunkte, die wir gesetzt haben. Wir müssen die Asylbewerberkinder und Flüchtlingskinder ordentlich beschulen. Wir müssen die Ganztagsangebote und die Inklusion ausbauen. Und wir müssen die kleinen Schulstandorte auf dem Land erhalten. Dafür haben wir auch zusätzliche Stellen aus der demografischen Rendite, wie wir es dargelegt haben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Die SPD hat für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/7557 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustim-

mung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/7579 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/7551 namentlich abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Sie haben fünf Minuten Zeit. Ich eröffne die Stimmabgabe.

(Namentliche Abstimmung von 15.04 bis 15.09 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis geben wir zu einem späteren Zeitpunkt bekannt. – Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein. - Ich gebe jetzt die Ergebnisse der namentlichen Abstimmung von vorhin bekannt. Das war der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Strohmayer und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Demographische Rendite von 555 Stellen an den Realschulen belassen", Drucksache 17/7551. Mit Ja haben gestimmt 66, mit Nein 86, keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.07.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Dr. Simone Strohmayer u. a. und Fraktion SPD; Demographische Rendite von 555 Stellen an den Realschulen belassen (Drucksache 17/7551)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael			
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streible Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Dr. Wenger Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
	Gesamtsumme	66	86
			0